

„Gabriels Forderung ist Unsinn“

Baden-Württembergs Umweltministerin findet Atomaufsicht der Länder gut

Sind Sie nach dem Krümmel-Störfall froh, dass Vattenfall keine Atomkraftwerke in Baden-Württemberg betreibt?

Wie der Betreiber heißt, ist nicht das Entscheidende. Es kommt darauf an, dass die Atomaufsicht gut geführt wird und das Nötige zur Sicherheit auch im kritischen Dialog mit dem Betreiber durchgesetzt wird.

Sie meinen, die Kieler Atomaufsicht hat das bei Krümmel nicht getan?

Das kann ich nicht beurteilen, und das will ich auch nicht beurteilen. Aber immer, wenn in der Bundesrepublik irgendwo ein solches Ereignis vorkommt, beschäftigen wir uns intensiv damit. Wir wollen die sich daraus ergebenden Erkenntnisse für unsere Anlagen nutzen und treffen notwendige Vorkehrungen.

In Ihrem Land gab es auch schon Probleme, etwa im AKW Philippsburg. Dort war das Notkühl-System nicht voll einsatzbereit.

Ich behaupte nicht, es hätte bei uns noch nie ein Ereignis gegeben. Wichtig ist aber doch, dass man daraus lernt. Wir haben nach dem Vorfall in Philippsburg 2 im Jahr 2001 die Atomaufsicht komplett umgestellt und widmen den Problemen an der Schnittstelle von Mensch, Technik und Organisation große Aufmerksamkeit.

ZUR PERSON



Tanja Gönner (39) ist seit 2005 CDU-Umweltministerin von Baden-Württemberg. Zuvor war sie Landessozialministerin und

auch Bundestagsabgeordnete. Inzwischen wird sie für das Amt der Bundesumweltministerin gehandelt, sollte die CDU die Wahl gewinnen.

Sie haben keine Zweifel an der Zuverlässigkeit von Vattenfall?

Ich kenne den Fall nicht genug im Detail. Es ist aber schwer nachvollziehbar, wie nach zwei Jahren angegeblicher Generalüberholung ein solches Ereignis passieren kann. Das ist höchst unerfreulich auch für Aufsichtsbehörden wie Betreiber. Ich glaube, die anderen Stromkonzerne sehen das auch so.

Muss die Atomaufsicht generell verschärft werden?

Wir zumindest in Baden-Württemberg brauchen keine Verschärfung, wir kommen mit unseren Regularien gut zurecht. Bundesumweltminister Gabriel hat den Eindruck erweckt, die Länder würden zu lasch handeln. Das weise ich strikt zurück. Eine Zentralisierung der Aufsicht in Berlin, wie von ihm gefordert, ist auch Unsinn. Das wäre praktisch gar nicht

zu machen. Gabriel spielt den Wahlkämpfer, und er hat wohl keine anderen Themen.

Befürworten Sie trotz Krümmel weiter längere AKW-Laufzeiten? Durchaus, aber nur dann, wenn die Sicherheit stimmt. Die deutschen Kernreaktoren sind im weltweiten und europäischen Vergleich recht jung. Wenn sie befristet weiterlaufen, können sie die Brücke zum Zeitalter der erneuerbaren Energien sein. Wir können damit den Neubau von Kohlekraftwerken verhindern.

Was sollen die Stromkonzerne als Gegenleistung bringen?

Sie sollen die Hälfte der Zusatzgewinne für den Ausbau der erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieforschung abführen, die viele Milliarden betragen. Dabei dürften Mittel zusammenkommen, die weit über den Summen liegen, die wir heute in erneuerbare Energien investieren.

Wer soll das Geld verwalten?

Nicht die Stromkonzerne selbst. Da bestünde die Gefahr, dass sie Ökostrom-Projekte, die sie ohnehin bauen wollen, darüber umfinanzieren. Das wäre nicht Sinn der Sache. Das Geld sollte staatlich öffentlich verwaltet werden, etwa durch einen Fonds, eine Stiftung oder eine Agentur.

Interview. Joachim Wille